



BERGSTRASSE

## PRESSEMITTEILUNG 08/2013

### Ein wirklicher Politikwechsel in Hessen ist machbar

**Kreis Bergstraße.** „Wir wollen einen klaren Politikwechsel. Dass dieser bereits mit dem Wechsel des Juniorpartners in der Koalition vollzogen wird, darf mehr als bezweifelt werden“, sagt Holger Giebel, Mitglied des Vorsitzendenteams des Kreisverbandes Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die Politik der schwarz-gelben Landesregierung sei bei der Hessenwahl abgewählt worden. Dies sei zur Kenntnis zu nehmen und bei der Regierungsbildung zu berücksichtigen.

Da auch SPD und Grüne im Vorfeld der Wahl für einen Politikwechsel warben, sei es kaum erklärbar, wie dies in einer denkbaren Koalition mit der CDU umgesetzt werden soll. „Vor allem muss man sich klarmachen, wie sich wohl ein Wähler vorfindet, der für einen Politikwechsel votiert hat und am Ende feststellen muss, dass seine Stimme indirekt dazu beigetragen hat, dass Volker Bouffier weiterhin Ministerpräsident bleibt“, sieht Giebel den Wählerwillen in einem schwarz-roten oder schwarz-grünen Regierungsbündnis in Hessen nicht gegeben.

Die Berührungspunkte zur Partei Die Linke seien nicht nachvollziehbar. Im Vergleich etwa zur CDU seien die inhaltlichen Differenzen von SPD und Grünen gegenüber der Linkspartei deutlich geringer und keineswegs unüberbrückbar. Umso unverständlicher wäre es aus Sicht der GEW Bergstraße, wenn eigene Überzeugungen lieber für eine schwarz-rote oder schwarz-grüne Koalition geopfert würden, als sie in einem Linksbündnis umzusetzen. Zumindest den Versuch sei es allemal wert.

Dass schon unmittelbar nach der Wahl Bouffier die SPD vor einem neuerlichen Wortbruch warnte, zeige deutlich, dass der Ministerpräsident offenkundig schwere Befürchtungen hat, in absehbarer Zeit aus der Staatskanzlei ausziehen und auf der harten Oppositionsbank Platz nehmen zu müssen. Es sei in diesem Zusammenhang aber zu berücksichtigen, dass sich SPD-Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel – im Gegensatz zu Andrea Ypsilanti bei der Landtagswahl 2008 – nie zu einer eindeutigen Absage gegenüber einem Linksbündnis hat hinreißen lassen, auch wenn die Union versuche, ihm dies in den Mund zu legen.

„Zudem sollte die CDU vorsichtig sein mit dem Vorwurf des Wortbruchs: Angela Merkel sagte etwa vor der Bundestagswahl 2005, dass es unter ihrer Führung keine Große Koalition geben werde. Kurze Zeit später war es trotzdem so weit. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen“, fügt der GEW-Funktionär weiter an. Sowohl im Bund als auch im Land bestehe nach Ansicht der Gewerkschaft die Gefahr, dass sich die SPD in einer Großen Koalition zunehmend in die Bedeutungslosigkeit manövriert und somit der nächste Wahlsieger bereits frühzeitig feststeht.

Die GEW habe zahlreiche eigene Forderungen in den Programmen von SPD, Grünen und Linken wiedergefunden. „So sind beispielsweise eine gelungene Umsetzung der Inklusion, die Rücknahme des unseligen Kinderförderungsgesetzes, die Abschaffung des unsinnigen Behördenwasserkopfes Landesschulamts oder die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für Beamte möglich. Dies zu ignorieren, wäre schlicht und ergreifend fahrlässig“, unterstreicht Giebel.